

## **Neue Gesetze: Gesichtserkennung zur Bekämpfung von Terrorismus in Berlin**

Bundespolizei und BKA dürfen künftig Gesichtserkennung zur Terrorismus- und Verbrecherbekämpfung einsetzen, erklärt Innenministerin Faeser.

Die Debatte über den Einsatz von Gesichtserkennungstechnologie in Deutschland hat in den letzten Monaten an Intensität gewonnen. Im Rahmen eines neuen Gesetzentwurfs plant Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), die Möglichkeiten für das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei zu erweitern. Ziel ist es, die Effektivität bei der Aufklärung von Verbrechen wie Terrorismus zu erhöhen.

### **Ermittlungshilfen im digitalen Zeitalter**

Die Ermittlungsbehörden in Deutschland fordern schon länger einen erweiterten Zugang zu modernen Technologien, um mutmaßliche Täter schneller identifizieren zu können. Eine wegweisende Entwicklung war die kürzliche Festnahme der ehemaligen RAF-Terroristin Daniela Klette, die neue Fragen hinsichtlich der eingesetzten Methoden aufwarf. In diesem Kontext wurde bekannt, dass ein kanadischer Journalist Klette mithilfe einer Gesichtserkennungssoftware im Internet ausfindig machen konnte.

### **Was die Gesetzesänderung beinhaltet**

Der aktuelle Gesetzentwurf sieht vor, dass Ermittler in Zukunft Bilder aus sozialen Netzwerken und Videos im Internet nutzen können, um Hinweise auf Gesuchte zu erhalten. Zu den

Technologien zählt eine biometrische Analyse, die durch Künstliche Intelligenz unterstützt wird. Dies wäre ein bedeutender Schritt, um den digitale Datenpool, der bereits zur Verfügung steht, gezielt auszuwerten und somit die Fahndung effizienter zu gestalten.

## **Öffentliche Bedenken und Datenschutz**

Trotz der Maßnahmen gibt es auch kritische Stimmen. Die geplante Gesetzesänderung beinhaltet ausdrücklich keine Live-Gesichtserkennung über Überwachungskameras im öffentlichen Raum, beispielsweise an Bahnhöfen. Dies soll die Bedenken bezüglich des Datenschutzes und der Privatsphäre der Bürger berücksichtigen. Datenschützer haben bereits vor den möglichen Risiken gewarnt, die durch den Einsatz solcher Technologien entstehen könnten.

## **Die Relevanz für die Zukunft**

Die Diskussion um Gesichtserkennungstechnologien steht im Kontext eines globalen Trends, in dem immer mehr Staaten ähnliche Techniken erproben oder einführen. Deutschland versucht hierbei, einen Balanceakt zu vollziehen: Effiziente Ermittlungen auf der einen Seite und den Schutz der Bürgerrechte auf der anderen. Die endgültige Entscheidung über den Gesetzentwurf wird sowohl im Kabinett als auch im Bundestag getroffen und könnte weitreichende Auswirkungen auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden haben.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**